

# Gabriel sucht Alternative zu Gorleben

Nächsten Monat steht die Koalition vor einem Konflikt um ein Atommüll-Lager – Union lehnt neue Suche ab

Von Christian Kerl

**BERLIN.** Bei der Frage eines Atommüll-Endlagers steuert die Koalition auf einen schweren Konflikt zu: Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) besteht auf einem neuen Suchverfahren, das neben Gorleben Alternativen einbezieht – die Union ist strikt dagegen.

Der Streit wird bereits im November zum Thema der Koalitionsspitze, teilte Gabriel gestern mit. Dann soll sich der Koalitionsausschuss mit einem von ihm entworfenen Konzept für die Endlagersuche beschäftigen.

Das geheime Papier liegt bisher nur der Führung der Koalition vor, doch soviel ist schon klar: Der Bundestag soll per Gesetz verbindliche Auswahl- und Sicherheitskriterien für die Endlagerung hochradioaktiven Atommülls nach neuen internationalen Standards festlegen.

Am Suchverfahren sollen internationale Experten beteiligt werden – geprüft würden mehrere Alternativstandorte zu Gorleben zunächst über Tage (was wenige Jahre dauern würde), möglicherweise aber auch unter Tage, worüber schnell ein Jahrzehnt oder mehr vergehen würde.

Die Inbetriebnahme von Schacht Konrad in Salzgitter als Endlager für schwach- und mittlerradioaktiven Atommüll würde durch das Verfahren ausdrücklich nicht berührt oder verzögert. Gabriel sagt, die Entscheidung für Gorleben 1977 habe zu wenig sicherheitsbezogene Kriterien berücksich-



Ein Strahlenschutzbeauftragter misst in Gorleben die Radioaktivität der Castor-Behälter.

Archivfoto: dpa

sichtigt und sei nicht transparent gewesen – man dürfe sich nicht auf diesen einen Standort verlassen, sonst bestehe später „ein enormes Prozessrisiko“.

Politisch brisant: Aufgrund früherer Untersuchungen ist unter Experten unstrittig, dass neben Gebieten in Niedersachsen vor allem Standorte in Bayern und Baden-Württemberg geologisch geeignete sind; der Atomstreit würde also noch vor den nächsten Wahlen Süddeutschland erreichen.

Die Union im Bundestag lehnt

den Vorstoß ebenso strikt ab wie die unionsregierten Länder. Bundestags-Fraktionsvize Katharina Reiche sagt: „Alle bisher gewonnenen fachlich-wissenschaftlichen Erkenntnisse stehen einer Eignung von Gorleben nicht entgegen. Weitere Suchschleifen führen nicht zu besseren Lösungen, sondern nur zu Verzögerungen und höheren Kosten.“

Gorleben solle daher zügig zu Ende erkundet werden, was zwei bis drei Jahre dauern würde – nur bei Nichteignung müsse neu gesucht werden. Die Union beruft sich auf die Maßgabe des Koalitionsvertrages, die Endlager-Frage in dieser Wahlperiode zu klären. Wie sich Kanzlerin Angela Merkel entscheidet, ist unklar. Denkbar wäre, als

Kompromiss die Alternativsuche auf wenige Jahre zu begrenzen. Doch die Bereitschaft der Union, hier einzulenken, ist gering, auch die Energiewirtschaft, die neue Kosten befürchtet, macht bereits Druck.

Gabriel versucht, Brücken zu bauen: Er wolle das Erkundungsmoratorium für Gorleben an dem Tag aufheben, an dem neue Suchkriterien festgelegt seien. Der Zeitverzug durch die Suche betrage nur rund fünf Jahre.

„Und ich bin bereit, Gorleben in Betrieb zu nehmen, wenn es auch nur gleich gute Endlager an anderer Stelle gibt, weil in Gorleben das meiste Geld investiert wurde.“ Wenn es soweit ist, dürfte Gabriel aber kaum noch Minister sein.

„Man darf sich nicht auf diesen einen Standort verlassen“

Bundesumweltminister  
Sigmar Gabriel

## Warnung vor herabstürzenden Fassaden

Experte: In Niedersachsen droht große Unfallgefahr durch alte Bau-Substanz

**HANNOVER.** Bröckelnde Fassaden an öffentlichen Gebäuden und Privathäusern könnten nach Expertenmeinung in den nächsten Jahren zu einem erheblichen Problem in Niedersachsen werden.

Fassaden an Häusern aus der Zeit vor 1975 seien mit nicht rostfreiem Stahl am Mauerwerk verankert, erläuterte der Präsident der Ingenieurkammer Niedersachsen, Hans-Ullrich Kammeyer, gestern in Hannover.

Dringe dann durch kleine Risse Feuchtigkeit ein, rosteten die Halterungen binnen weniger Jahre durch

und die Fassaden drohten herabzustürzen. In Hannover waren erst vor wenigen Wochen große Teile der Fassade eines Gemeindehauses weggebrochen.

„Eine Vorschrift, die Eigentümer zu regelmäßigen Kontrollen zwingt, gibt es nicht“, betonte Kammeyer. Die Bauminister der Länder haben lediglich eine Empfehlung herausgegeben, dass Hausbesitzer die Fassaden in Abständen prüfen sollten. „Ich bin mir ziemlich sicher, dass sich die normalen privaten Eigentümer ihrer Situation gar nicht bewusst sind“, meinte Kammeyer.

Bei den Städten und Gemeinden hingegen säßen Fachleute in den Bauabteilungen. „Aber bei den Kommunen ist das Geld, was man für die Unterhaltung braucht, nicht da“, sagte Kammeyer.

Laut Ingenieurkammer soll nun zunächst beobachtet werden, ob sich die privaten und öffentlichen Hausbesitzer an die Empfehlungen der Bauminister halten. „Wenn man aber feststellen würde, dass man die Eigentümer nicht erreicht – dann müsste man über Vorschriften zu einer strengeren Kontrolle nachdenken“, sagte Kammeyer. dpa



Eis setzte im Winter der Fassade der Uni Hannover zu. Archivfoto: dpa

## „Die Kommunal-Aufsicht hat versagt“

Professor Dietrich Budäus von der Uni Hamburg erklärt, wie Kommunen drohende Pleiten verhindern können

**SALZGITTER.** Professor Dietrich Budäus von der Uni Hamburg war gestern auf dem Haushaltsexperten-Treffen in Salzgitter. Thomas Kröger sprach mit ihm über Wege für die Kommunen aus der Schuldenfalle.

Welche Möglichkeiten haben Kommunen, um der Pleite zu entkommen?

Die Kommunen, haben sich in den vergangenen 30 Jahren eine virtuelle Welt zurecht gelegt. Verschuldung galt als Instrument der Problemlösung, die Kameralistik als öffentliches Rechnungssystem kaschierte die damit verbundenen Folgewirkungen. Um zu einer Lösung zu kommen, ist als erster Schritt die Rückkehr in die reale Welt geboten. Der zweite Schritt besteht darin, dass Politik und Verwaltungen, aber auch die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft, eine Ausbeutung des Gemeinwesens durch Einzelne oder organisierte Gruppen nicht mehr tolerieren dürfen.

Auf dieser Grundlage aufbauend darf es neuer Kooperationen zwi-

schigen Gebietskörperschaften, konsequente Rationalisierung, Einbindung der Bürger in die Verwaltungsprozesse, Reduzierung des Personalbestandes sowie eine stärkere Honorierung von Leistungen der einzelnen Verwaltungsmitglieder.

Kann eine Kommune eigentlich Pleite gehen?

In Deutschland ist dieses bisher nicht möglich, da im Falle einer Zahlungsunfähigkeit das jeweilige Bundesland einspringen muss. Allerdings verweist die ökonomische Situation einer Reihe von Kommunen faktisch auf eine Konkurs- oder Insolvenzsituation. Eine Vielzahl von Kommunen fährt teilweise schon über ein Jahrzehnt ein Haushaltssicherungskonzept, in Einzelfällen ist dies nicht einmal von der Kommunalaufsicht genehmigt. Dies bedeutet einen rechtsfreien Raum, der in einem Rechtsstaat eigentlich nicht zulässig sein sollte.

Welche Sicherheitsvorkehrungen gibt es?

Sicherheitsvorkehrungen obliegen der Kommunalaufsicht. Die eingetretene Finanzkrise verweist bei einer Vielzahl von Kommunen auf das Versagen der Kommunalaufsicht beziehungsweise darauf, dass dieses Kontrollsystem und die damit verbundenen Sicherheitsvorkehrungen offensichtlich unterlaufen worden sind oder nicht adäquat zur Anwendung gebracht werden.

Was passiert, wenn immer mehr Kommunen kurz vor der Pleite stehen?

Bundeskanzlerin Merkel, hat kürzlich darauf verwiesen, dass Deutschland bezogen auf die Finanzsituation ein Sanierungsfall sei. Die Folge einer derartigen Situation besteht ohne Zweifel darin, dass die notwendigen Aufgaben nur noch sehr bedingt oder gar nicht wahrgenommen werden können. Dies wirkt umso schwerwiegender, da die Konsequenzen eines globalen Wettbewerbs eine aktive Politik und aktive Gestaltung auch auf kommunaler Ebene erfordern.

Verliert der Staat dann endgültig seine Handlungsfähigkeit?

Beobachtet man die derzeitige Situation, so stellt sich die Frage, ob der Staat nicht bereits seine Handlungsfähigkeit verloren hat. Eines der Hauptprobleme scheint dabei darin zu liegen, dass ein großer Teil der Bürger sich quasi vom Staat verabschiedet hat. Damit verbunden ist ein Mangel an Zutrauen zur Fähigkeit von Staat und Verwaltungen die zukünftigen Probleme zu lösen.

### ZUR PERSON

Dietrich Budäus (64) ist Professor für Betriebswirtschaftslehre und Leiter des Arbeitsbereichs Public Management. Der Arbeitsbereich gehört zum Departement Wirtschaft und Politik der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg.



### AUS DEN LOKALTEILEN

#### Stammzellen-Spender für Marius gefunden

**BRAUNSCHWEIG.** Über die gute Nachricht hat sich der 18-jährige Marius „wahninnig gefreut“, sagt Professor Bernhard Wörmann. Der leukämiekranke Schüler aus Braunschweig kann hoffen, durch eine Stammzell-Transplantation langfristig geheilt zu werden: Ein geeigneter Stammzellen-Spender ist gefunden.

#### Baustelle behindert Busse

**WOLFSBURG.** Fahrgäste der Busverbindung zwischen Wolfsburg und Braunschweig (Linie 230), müssen derzeit mit erheblichen Verzögerungen rechnen. Wegen der Baustellen in Lehre und auf der A2 verspäten sich die Busse durchschnittlich um 45 Minuten, in Spitzenzeiten sogar um 110 Minuten.

#### In Kindergarten randaliert

**SALZGITTER.** Einen betrunkenen Randalierer zog die Polizei in Salzgitter aus dem Verkehr. Der 57 Jahre alte Mann hatte zunächst in einem Kindergarten randaliert und sich anschließend betrunken ans Steuer seines Autos gesetzt. Die Polizei nahm den Mann in Gewahrsam.

#### Benzin zum Nulltarif

**GIFHORN.** Tanken, ohne dafür zahlen zu müssen – dieser Traum wurde für einige Autofahrer im Gifhorner Nordkreis Wirklichkeit. Der Grund: Eine defekter Automat. Mehr als 1000 Liter Kraftstoff wurden abgezapt. Die Polizei fand's gar nicht lustig: Dies sei ganz klar Diebstahl.

#### Im Urwald geforscht

**HELMSTEDT.** Fünf Mitglieder des Aquarienvereins Acara Helmstedt haben im Urwald von Französisch-Guayana in Südamerika die Biotope von Zierfischen untersucht. Die Erkenntnisse sollen genutzt werden, um die Zierfische daheim möglichst artgerecht halten zu können.

#### Historischer Pflasterfund

**PEINE.** Eine original erhaltene Hofpflasterung aus dem 18. Jahrhundert entdeckte ein Peiner Hausbesitzer bei Sanierungsarbeiten auf seinem Grundstück. Der Fund bestätigt die Vermutungen der Archäologen über die Besiedlung dieses Stadtteils nahe dem historischen Stadtkern.

#### Hochhaus evakuiert

**WOLFENBÜTTEL.** Wegen Explosionsgefahr musste ein achtstöckiges Hochhaus in Wolfenbüttel evakuiert werden. Im Keller des Hauses war ein starker Gasgeruch festgestellt worden. Die Hausbewohner konnten nach zwei Stunden in ihre Wohnungen zurückkehren.

### HARZ

#### Oderteich ist fast leer

**CLAUSTHAL-ZELLERFELD.** Einen besonderen Anblick bietet derzeit der Oderteich. Die älteste Talsperre Deutschlands hat momentan einen sehr niedrigen Wasserstand. Von ihrem Fassungsvermögen von 1,7 Millionen Kubikmetern ist sie mit jetzt 300.000 Kubikmetern Wasser weit entfernt. Schuld daran ist der fehlende Regen. red

### MAGDEBURG

#### Konsequenzen für Polizei

**MAGDEBURG.** Nach dem brutalen Angriff von 14 mutmaßlichen Neonazis auf eine Geburtstagsfeier in Gerwisch bei Magdeburg hat Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann (SPD) Konsequenzen für die Polizei angekündigt. Der Vorgang vom Wochenende zeige, dass in den Reihen der Polizei nicht alles optimal gelaufen sei. dpa

Redaktion: Thomas Kröger